

Volks-Zeitung

Freitag das achtsseitige farbige ULK illustrierte Witzblatt

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus-u. Garten-Ztg. Techn.-Zeitung Witzblatt, ULK



Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin - W.

erschienen täglich 5 mal... Preis: 10 Pfennig

Polizei-Debatte im Landtag - Kompromiss für Wiener-Neustadt - Raketen-Versuchsfahrt

Polnische Verfassungsreform Die Kaltstellung des Sejm - Präsident und Staatsrat?

Das Regime Pilsudski ist, wie bekannt, antiparlamentarisch eingestellt. Der Marschall hat trotzdem nicht die Konsequenzen aus seiner letzten Anti-Sejm-Rede gezogen...

Was enthält das Konkordat?

Eine alarmierende Mitteilung - Gefährliche Politik - Zentrums Hoffnungen

BOCHUM, 3. Oktober. Wie man jetzt erfährt, sind die in der Konkordatsfrage zwischen dem Kultusminister Becker und dem apostolischen Nuntius in Berlin, Pacelli, geführten Verhandlungen abgeschlossen...

Kultusministerium beabsichtigen Form verwirklicht werden kann. In rheinischen Zentrumskreisen wird sehr samerweise die Auffassung vertreten, dass man das Konkordat bei dem Widerstand der Demokraten und der Volksparteier gegebenenfalls mit den Deutschnationalen...

Ein Schlag gegen Berlin

Zum Schluss der gestrigen Landtagssitzung gab es einen Hammersprung über die Frage, ob ein sozialdemokratischer Antrag auf Schaffung und Erhaltung von Uferwegen an den Seen in der Umgebung der Grossstädte...

Französisches Aufrüstungsbudget Poincaré droht...

In der Finanzkommission der französischen Kammer gab Ministerpräsident Poincaré gestern zu dem kommenden Budget für 1929 Erklärungen ab, die dazu ansetzen, über die Grenzen Frankreichs hinaus starkes Aussehen zu erregen...

Und damit noch nicht genug, Poincaré erklärte der Kommission, dass dieser Ausgabenetat für Heer und Flotte erst ein Anfang sein würde, und dass ihm noch weitere Ausgaben folgen würden...

England gegen Veröffentlichung

LONDON, 3. Oktober. Der französische Botschafter sprach erneut im Auswärtigen Amt vor und ersuchte im Namen seiner Regierung um die Zustimmung der britischen Regierung zur sofortigen Veröffentlichung des Flottenkompromisses...

Beide Parteien marschieren auf

Zeitliche Trennung der Demonstrationen und Demarkationslinie — Die Verständigung über Wiener-Neustadt

WIEN, 3. Oktober.

Seit heute früh rollen starke Truppentransporte nach Wiener Neustadt. Die Regierung hat für Sonntag die höchste Bereitschaft der Gendarmerie- und Polizeimannschaften im ganzen Bundesgebiet verfügt. Wien ist vollständig ruhig. Die Gerüchte über eine Abreise Fremder aus der Stadt sind unbegründet. Man hofft in weitesten Kreisen auf einen friedlichen Verlauf der Kundgebungen am 7. Oktober und darüber hinaus auf eine Abrüstung der Parteien, die zwar augenblicklich noch von Prestigefragen geleitet werden, im Innern jedoch schon zu einer Einkehr bereit sein dürften. Die Sozialdemokraten haben im Nationalrat eine dringliche Anfrage eingebracht, in der betont wird,

die Heimwehren seien in der letzten Zeit allmählich zu faschistischen Formationen geworden und bedrohten die Verfassung mit gewaltsamem Umsturz.

Die republikanische Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterschaft sei gezwungen, sich gegen die drohende Gefahr zu wappnen. Die Regierung wird gefragt, ob sie

bereit sei, mit den parlamentarischen Parteien Verhandlungen über eine innere Abrüstung einzuleiten.

Nach den vorliegenden Meldungen hat es namentlich den Anschein, als wenn noch in letzter Minute die „feindlichen Brüder“ in Oesterreich zur Besinnung kommen würden und die für den kommenden Sonntag befristeten Zusammenstöße zwischen den Heimwehren, den Schutzbündern und den sozialdemokratischen Organisationen vermieden werden könnten.

Der Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Buresch, hat als Chef der politischen Polizei die Initiative ergriffen und im Laufe des gestrigen Tages Besprechungen mit den Parteien einerselbst, wie auch mit der Gemeinde Wiener-Neustadt geführt, die ein Ergebnis gezeigt haben.

Danach wird der Aufmarsch der Heimwehren um 9 Uhr beginnen und gegen Mittag beendet sein, während die sozialdemokratische Demonstration von 12 Uhr mittags an erfolgen soll.

Beide Parteien sollen nach Beendigung ihrer Aufmärsche sich geschlossen zu ihren Sammelplätzen begeben. Durch diese Massnahme sowie durch Schaffung einer neutralen Zone und einer

„Demarkationslinie“, deren Überschreitung nur mit einem Ausweis gestattet ist, will man eine gewisse Isolierung beider Gruppen erreichen. Ferner tritt eine Programmänderung insofern ein, als die Feldmärsche der Heimwehren erst nach dem Aufmarsch abgehalten wird. Dadurch wird das eigentliche Stadtgebiet am Mittag für die Arbeiterschaft frei sein.

Wie notwendig diese Massnahmen sind, deren praktischer Wert freilich bezweifelt werden muss, zeigt die Tatsache, dass sich der Bundeskanzler Dr. Seipel genötigt sah, auf Interventionen der Wiener Handelskammer und des Wiener Hotelierverbandes einzugehen.

Dr. Seipel erklärte, dass zu einer Beunruhigung keinerlei Anlass vorliege.

Abgesehen davon, dass Wiener-Neustadt fast 50 Kilometer von Wien entfernt sei, wären die Massnahmen der Bundesregierung derart, dass ernstliche Zusammenstöße auf alle Fälle verhindert werden könnten. (2) Innerhalb ist es nicht uninteressant, dass sich in den an der Wiener Südbahnstrecke liegenden Kurorten eine starke Nervosität unter den Fremden bemerkbar macht. Ein Zeichen, wie ernst man die Lage beurteilt, ist beispielsweise, dass die jüdische Gemeinde von Wiener-Neustadt beschlossen hat, den auf den 7. Oktober fallenden Festtag nicht zu feiern, sondern die Synagoge zu schliessen.

Die schweigen müssten

Nationalistische Reaktion und Zeppelin-Besuch

Das grossartige Schauspiel des Zeppelin-Fluges über Berlin hat in der gesamten Berliner Tagespresse die ihm gebührende Beachtung gefunden. In ausführlichen Berichten sind allenthalben die Einzelheiten des Zeppelin-Besuches geschildert worden. In den Berichten der rechtsstehenden Blätter tritt leider verschiedentlich die Tendenz zutage, das Ereignis in nationalisiertem Sinne auszuwerten. An der Spitze marschirt dabei, wie üblich, die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“, Hugenbergs eigenes Organ, der „Lokal-Anzeiger“, gerät folgendermassen in Ekstase:

„Überwinden! Überwinden müssen! Überwinden wollen! Durch! Denn es geht um die Geltung in der Welt! In diesem Zeichen erfüllt Deutschland immer seine Mission; im Bekenntnis zu diesem Willen ward auch diese Tat vollbracht; der Hauptstadt des Reiches das jüngste Werk deutschen Geistes, deutschen Opfermutes, deutschen Vertrauens in die eigene Zukunft zu zeigen, wie wir es sehen sollten, als Sieger seines Elements, umstrahlt von hellem Sonnenfeuer.“

Deutschland will seit zehn Jahren überwinden. Gerade von der Seite, die mit dem Munde (siehe oben!) das Überwinden predigt, werden aber den verantwortlichen Staatsmännern bei ihrer Überwindungspolitik immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Wenn gestern wieder ein Zeppelin über Berlin fliegen durfte, so verdammt das die Bevölkerung und nicht zuletzt die das Ereignis für ihre Zwecke ausschaltende nationalistische Reaktion der Verständigungspolitik der republikanischen Regierungen. Ohne ihre mühsame, zähe Arbeit im Geiste der Versöhnung wären die Fesseln, die die Entente der deutschen Luftfahrt angelegt hatte, nicht gefallen. Weder „Deutsche Zeitung“ noch „Lokal-

Anzeiger“ hätten gestern jubeln können, wenn nach ihren Rezepten die Aussenpolitik gemacht worden wäre.

Das Reichsverkehrsministerium wartet ab

Beim Reichsverkehrsministerium liegt zurzeit noch keine Bestätigung der von einzelnen Zeitungen gebrachten Meldung vor, wonach das Luftschiff „Graf Zeppelin“ Hans Dornier überflogen haben soll. Hierüber wird zunächst der Bericht des vom Reichsverkehrsminister zur Mitfahrt als Passagier entsandten Ministerialrats Mühlhög-Hofmann abgewartet, über den der Reichsverkehrsminister von Gültzard erst nach seiner Rückkehr aus Ostpreussen eine Entscheidung wird treffen können.

Mit schwarzweisser Schleife

Bei seinem Fluge über Berlin wurde, wie der „Abend“ mitteilt, vom Luftschiff „Graf Zeppelin“ ein Postbeutel abgeworfen, der von Strassenpassanten zum Postamt in der Knobelsdorffstrasse gebracht wurde. Der Postbeutel enthielt Ansichtskarten, die von den Fluggästen geschrieben waren. Der Beutel war mit einer mehrfarbigen schwarzweissen Schleife geschnürt. Es muss daran bemerkt werden, dass das neue Luftschiff nicht allein aus den Erträgen der Zeppelin-Spende erbaut wurde, sondern dass auch die deutsche Republik sich mit einer Reichsbeihilfe von 1,6 Millionen Mark daran beteiligt hat.

Schnelldienst

Der schottische Aussenminister Rebane trifft morgen in Berlin ein, um persönlich an den deutsch-schottischen Handelsvertragsverhandlungen teilzunehmen. Der Direktor des internationalen Arbeitersamtes, Albert Thomas, hielt sich gestern in Berlin auf und hatte mit dem Reichsarbeitsminister eine längere Besprechung. Auf der gestern in Melbourne (Australien) stattgefundenen Konferenz der Dock- und Transportarbeiter hat sich die Mehrheit der anwesenden Delegierten gegen die sofortige Ausfertigung eines Generalstreiks erklärt. In der Gegend von Sktari soll sich ein schwerer Zusammenstoss zwischen angesehenden und unbesehenden Grenzschützern ereignet haben. In der Vorstadt von Buenos Aires Avellaneda verurteilte ein Grossjuror 129 Tonera Wale und 700 Tonera Hühner; der Schaden wird auf 50 000 Pesos geschätzt.

Johannes Riemann den granbar jugendlichen Baron und Bankdirektor. Von den sonst noch Mitwirkenden trug nur Siegfried Behrisch erheblich zur Steigerung des Vermögens bei. Er spielte ein altes Bankfaktotum mit den krummen Beinen und der freundlichsten Laune, die man sich vorstellen kann. Bab.

„Das Glück im Winkel“

Neues Theater am Zoo

Die Sudermannsche Wirklichkeit liegt zwar schon etliche Jahre zurück, und rein dichterisch ist der Gehalt der Sudermannschen Dramen nicht so gestaltet, nicht so „überzeitlich“, dass er, wie er geschrieben ist, immer gültig wäre. Dazu sind die Gestalten zu sehr bewusst als „Rollen“ beschrieben. Da Richard Gortler viel Theater um des Theaters willen zu machen versteht, kommt ihm die Theateroutine Sudermanns gerade recht. (Was wir allerdings schon bei seiner vorigen Aufführung sagten: er sollte etwas disziplinierter arbeiten, sich mehr der Details annehmen, nicht nur auf die grosse Linie bedacht sein, das Bild würde reicher und menschlich echter.)

Die Schauspieler geben so viel, dass sie die dichterische Routine nahezu verdecken. Ausserordentlich gefiel Martha Maria Neues. Ihr Spiel ist tiefer, tragischer geworden. Sie spielte die Frau des Mittelschulrektors, den Paul Günther in ein idyllisch-sentimentales Licht setzt, menschlich begreiflich. Und schuldig munter. Andre Rollen waren gut bei Rosa Veidlich, Gustav Ludwig Franken, auch Erika Cramer ganz aufzugehen. Alles in allem: man konnte wie das Publikum mit dieser mindestens offenen Kammermusik zufrieden sein. —ek.

„Beverly weiss zum 30. Mal alles.“ Ferdinand Bonn spielt aus reichen mimischen Vorrat heraus. Maria Wert und die anderen bei aller Natürlichkeit konzentriert durch eine Regie, die Spannung erreichen will. Das Publikum war gespannt und beifallfreudig. — u —

„Müllers“ verloben, entloben und verloben sich schon zum 200. Mal. (Jetzt im Kleinen Theater.) Max Adabert improvisiert amüsst. Drei Stunden lacht das Publikum über Adabert und Landa. — u —

Die Reaktion will ihr Opfer

Steckbrief gegen Frieders

WEIMAR, 3. Oktober.

Als äusseres Kennzeichen für den Fortgang des Strafverfolgungsverfahrens gegen den früheren Oberstaatsanwalt Dr. Frieders hat die Weimarer Staatsanwaltschaft einen Steckbrief erlassen, der im Steckbriefregister zum 1. Oktober zum ersten Male erscheint.

Kontrolle über die Kartelle!

Die Forderungen des Afa-Kongresses

HAMBURG, 3. Oktober.

Der Kongress des Allgemeinen freien Angestelltenbundes in Hamburg beendete heute seine Aussprache über das Thema „Der Angestellte in der Wirtschaft“ und nahm nach einem Schlusswort der Referenten Professor Lederer und Dr. Sühr die vorliegenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen einstimmig an. So fordert der Afa-Kongress zur Kartell- und Monopolverwaltung den Ausbau der mangelhaften Kartellkontrolle zur allgemeinen Monopolverwaltung und die Errichtung eines Reichsamts für Kartelle. Er verlangt ferner einen Schutz der Arbeitnehmer bei betrieblichen Störungen und beansprucht im Falle solcher Störungen wirtschaftspolitischen Entscheidungen einstimmig an. So fordert der Afa-Kongress zur Kartell- und Monopolverwaltung den Ausbau der mangelhaften Kartellkontrolle zur allgemeinen Monopolverwaltung und die Errichtung eines Reichsamts für Kartelle. Er verlangt ferner einen Schutz der Arbeitnehmer bei betrieblichen Störungen und beansprucht im Falle solcher Störungen wirtschaftspolitischen Entscheidungen einstimmig an. So fordert der Afa-Kongress zur Kartell- und Monopolverwaltung den Ausbau der mangelhaften Kartellkontrolle zur allgemeinen Monopolverwaltung und die Errichtung eines Reichsamts für Kartelle. Er verlangt ferner einen Schutz der Arbeitnehmer bei betrieblichen Störungen und beansprucht im Falle solcher Störungen wirtschaftspolitischen Entscheidungen einstimmig an.

In weiteren Referaten wurde die volle rechtliche Gleichstellung der Seeleute als Angestellte einer Reederei mit den Angestellten auf dem Lande und Einbeziehung des Seeleutenberufs in das allgemeine Arbeitsvertragsrecht gefordert. Zur Durchführung dieser Forderungen hat der Kongress bestimmt: Leitstelle vorgelegt, die insbesondere das Arbeitsvertragsrecht der Kapitäne und Schiffsoffiziere betreffen.

„Bekanntlich“

Es gibt einen Blindarm unter den Wörtern, deren die deutsche Publizistik sich häufig bedient, und er heisst „bekanntlich“.

Mit souveräner Gebärde unterstellt dieses Wörtchen abgrundtiefes Wissen, tiefstehende Kenntnisse, mit einer leichten Handbewegung erhebt es uns zu Geschichtswissenschaft, Staatswissenschaft, geographischen Forschern, literarhistorischen Kapazitäten.

„Bekanntlich“ enthielt die Verfassung des alten Reichs ein die Verwaltung Elsas-Lothringens betreffendes Gesetz, dessen § 16 bestimmte, dass in Gemeinden, dessen Gemeinderat suspendiert war, das Wahlrecht ruhe. . . „Bekanntlich“ gehört der Gattung der Chempopanzoten an. . . „Bekanntlich“ war Karloline die Gemahlin König Georg IV. von Grossbritannien, eine Tochter des Herzogs Karl Ferdinand von Braunschweig. . . „Bekanntlich“ fusste Samuel Hanemann, der „bekanntlich“ der Erfinder der Homöopathie ist, auf den Erfolgen der neueren Therapie. . .

In immer neuer Umgebung tritt es auf, das Wörtchen „bekanntlich“. Heimlich und leise schleicht es sich in die befremdlichen Sachverhalte ein, ermächtigt es die entferntesten Wissensgebiete, sich in das Gewand einer sorglosen Popularität zu hüllen. Was niemand weiss, wenige ahnen, wird unter seinen Fingern zu einer Grundtatsache, die jedermann geläufig sein müsste. Wieviel Minderwertigkeitskomplexe mag das hochtrabende, unwirkliche, lebenerne Bekanntheit auf dem Gewissen haben: erzeugt bei Lesern, die ihm glauben und als persönlichen Bildungsmanko verdächtigen, was eine Allgemeinerscheinung ist!

Nein, es hat keine Existenzberechtigung, das Bekanntheit. Man soll es meiden und aus dem Sprachschatz auslöschen. Es ist dunkelhäutig. Es lügt und heuchelt. Nichts ist bekanntlich allgemeinerbekannt. Bekanntlich nicht einmal dieses Erfahrungsergebnis. Hans Bauer.

Usel Renate Hirt hat in Breslau eine Kammeranzubühne ins Leben gerufen, die bereits im November mit ihren Aufführungen bewundertes musikalischen und literarischen Mitarbeit wurden. Franz Marzettek und Gad M. Lippmann von der schlesischen Funkstunde verpflichtet.

„Arm wie eine Kirchenmaus“

im Lustspielhaus

Zickels Lustspielhaus hatte einen stürmischen Erfolg, und es schien nicht einmal so ganz „gemacht“ zu sein; vielen Leuten kam das Klatschen von Herzen, und man kann es ihnen auch gar nicht verdenken. Die Thellmann war wirklich sehr reizend, und der Text, den man ihr auf den Weg dieses Abends gegeben hatte, gab ihr doch wenigstens die Gelegenheit, es zu sein.

Er stammt von Ladislav Fodor und ist betitelt „Arm wie eine Kirchenmaus“. Herr Fodor ist aus Ungarn und hat uns schon mit mehr Lustspielen beschenkt. Ihn und all seinen Landsleuten (den einen Molnar ausgenommen) fällt im Grunde genommen nie etwas ein, als dass ein Mädchen zu einem Mann kommen muss. Und die Berechtigung zu erneutem Taubeneubezug beschafft man sich dadurch, dass man irgendein neues, aber niemals sehr ernsthaftes Hindernis auf diesem Weg pflanzt. Diesmal ist das Mädchen „arm wie eine Kirchenmaus“, aber unbedingt entschlossen, es nicht zu bleiben und (auf dem Wege ehrlicher Arbeit natürlich) vorwärts zu kommen. Sie schleicht sich also in das Privatbureau des grossmächtigen Barons und Bankdirektors und erreicht es wirklich, an Stelle der eben entlassenen (weil all zu anneruener) Privatssekretärin engagiert zu werden. Nun arbeitet sie los wie die Herrlichkeit der Welt und ist natürlich erst recht, dass der grossmächtige Chef sich in sie verliebt, und sie kriegt ihn auch. Das Spiel, mit dem hier blutig ernste soziale Dinge als Requisite verwendet werden, lässt an Oberflächlichkeit nichts zu wünschen übrig, und empfindlicheren Leuten mag das auf die Nerven gehen. Aber der normale Theaterbesucher freut sich einfach, dass Erika von Thellmann mit so viel Anmut erzählt, wie sie die Herrlichkeit der Welt nur durch die Glasscheiben der Schaulust zu sich nimmt, dass sie mit der Energie eines Donnerwetters arbeitend über die Szene führt, dass sie so drollig aus irgendeinem Pathos in schlichteste Sachlichkeit umklappt, dass sie mit ihrer eckigen Anmut sogar die unerhörte ahnungslose Unschuld (diese Unschuld, die es überhaupt nur in ungarischen Lustspielen gibt), bei diesem Geschöpf erträglich macht; und wenn Tränen in ihrer Stimme zittern, ist es ein bisschen leicht, oft und raschmässig, so kann man doch nicht verhindern, auch ein bisschen gerührt zu sein. Neben ihr spielte mit erheblicher, nie auslassender Energie

Kein Militarismus in der Schutzpolizei

Grzesinski weist im Landtag kommunistische Angriffe zurück — „Entschiedene Abwehr von Provokationen notwendig“

Im preussischen Landtag kam gestern der einige Zeit zurückliegende Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Schutzpolizei zur Sprache, bei dem bekanntlich auch der Berliner Vizepolizeipräsident Dr. Weiss von Polizeibeamten täglich angegriffen wurde. Von verschiedenen Seiten wurde der Polizei in diesem Falle ein allzu forsches Vorgehen vorgeworfen. Der preussische Innenminister Grzesinski, der zu dieser Frage im Landtag gestern persönlich das Wort ergriff, legte für die angegriffenen Polizeibeamten trotz Verurteilung der Ausschreitungen, ein Wort ein. Er wies darauf hin, dass gegenüber den unaufhörlichen kommunistischen Provokationen ein entschiedenes Vorgehen der Polizeibeamten durchaus verständlich und notwendig sei. Besonders erfreulich ist es, dass der Minister alle Anspielungen auf angebliche „militaristische Regungen“ innerhalb der Schutzpolizei mit Entschiedenheit zurückweisen konnte.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtags ging die Uebersicht über die stellenlosen Schulamtsbewerber, wonach in Preussen am 15. Mai 1928 16 710 Junglehrer eine Anstellung waren, an den Unterrichtsausschuss; die Sonderbestimmungen über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters der Polizeivollzugsbeamten gehen an den Beamtenausschuss.

Bei Beratung der Grundvermögenssteuernovelle, die nur eine Verlängerung des bisherigen Status bis 31. März 1929 bringt, begründet

Abg. Schwenk-Berlin (Komm.) den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion u. a. damit, dass diese Steuer in unsocialer Weise auf die Mieter abgewälzt werde.

Abg. Hecken (Deutschn. Vp.), der Steuersyndikus des Landbundes, erklärte sich gegen die Verordnung.

Abg. Löwartz (Zentr.) betont gegenüber dem Vordredner, dass die Deutschnationalen immer die Grundvermögenssteuer abgelehnt hätten, obwohl doch im demokratisch-parlamentarischen Staatswesen auch die Opposition mitverantwortlich für den Staat sei. Das Zentrum werde der Verordnung zustimmen, wenn auch unter schweren Bedenken.

Abg. Helmers (D. Vp.) erklärt, die Volkspartei müsse die Verantwortung für die Verlängerung der unveränderten Grundvermögenssteuer den Regierungsparteien überlassen; sie lehne die Vorlage ab.

Die Vorlage wurde schliesslich angenommen.

Es folgte die Wiederholung der mündlichen Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe, der das

Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung sofort durchzusetzen,

dass in Bergbau unter Tage die Siebenstundenschicht eingeführt wird,

dena nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter im allgemeinen könne den fortgesetzten Entlassungen Einhalt geboten werden.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Hauptausschusses angenommen, die Geschäftsberichte durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären. Bei der mündlichen Abstimmung über den Antrag des Handlungsausschusses stellt sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses heraus, da nur 209 Stimmen abgegeben werden.

Vizepräsident Dr. Wiemer beraumt auf sofort eine neue Sitzung ein.

Es erfolgt die Beratung eines Beschlusses des Hauptausschusses, den kommunistischen Antrag, betreffend die Zusammenstöße am Pfingstsonnabend, abzulehnen.

Abg. Borek (Deutschn.) betont, die Polizei habe sich bei den Zusammenstößen durchaus sachgemäß verhalten.

Innenminister Grzesinski erklärt, der Abg. Borek habe das Verhältnis der Berliner Polizeibeamten zu ihrem Präsidenten nur deshalb kritisiert, um dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten politische Schwierigkeiten zu bereiten. Zu den Vorwürfen des Abg. Borek bezüglich der Personalpolitik des Innenministers bemerkt dieser, dass er nicht davor zurückscheue, Sozialdemokraten in die Stellungen hineinzubringen, in denen er Sozialdemokraten gemäss ihrer allgemeinen Anschauung für zweckmässig halte. Was den Erlass anlangt, worin den Schutz-

polizeioffizieren empfohlen werde, gegenüber den Beamten die Anrede „Herr“ zu gebrauchen, so sei er ausführlich mit den nachgeordneten Stellen besprochen worden.

Dieser Erlass bestimme, den scheinmilitaristischen Eindruck unter allen Umständen aus der Polizei herauszubringen.

Der Minister betont dann, er wolle auf die Zusammenstöße am Pfingstsonnabend nicht ausführlich eingehen, weil sie Gegenstand eines Strafverfahrens seien. Er sei bereit, die Polizeibeamten zu decken. An sich sei jeder Waffengebrauch zu bedauern, aber man werde gegen die Störer der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mitunter nicht anders vorgehen können. Das Missgeschick des Vizepolizeipräsidenten Weiss bedauert der Minister, erkennt aber an, dass Weiss, wie jeder andere höhere Beamte in einem solchen Augenblicke der Gefahr die Pflicht hatte, zuzugreifen. Das Verhalten der Polizei in diesem Falle sei zwar zu verurteilen, aber man könne doch auch wieder ein gewisses Verständnis dafür aufbringen.

Er, der Minister, habe sich durch eigenen Augenschein davon überzeugt, wie brutal und gemein sich die Kommunisten gegenüber den Polizeibeamten betragen.

Abg. Marekwald (Soz.) erklärt, die Haltung der Polizei bei den Vorgängen am Pfingstsonnabend verdiene geradezu den Dank der Bürgerschaft.

Nach weiterer Debatte wird der kommunistische Antrag auf Massregelung der „schuldigen“ Polizeibeamten gegen die Antragsteller abgelehnt.

Um 1/8 Uhr verlässt sich der Landtag auf Donnerstag, 12 Uhr: Kommunistischer Antrag gegen den Panzerkreuzer.

Die Polizei hat in Geesthacht versagt!

Demonstrationsverbot des Hamburger Senats als Folge der Ausschreitungen

HAMBURG, 3. Oktober.

Die blutigen Zusammenstöße, die sich bekanntlich am letzten Sonntag in dem hamburgischen Orte Geesthacht anlässlich der dortigen Kommunalwahlen zwischen dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und einer Abteilung des Roten Frontkämpferbundes abgepielt haben, kamen auf Grund von Interpellationen aller politischen Parteien im heutigen Plenum der Hamburger Bürgerschaftssitzung zu eingehender Berührung.

Vom Senatstisch wurde eine Darstellung der Vorgänge gegeben, die das mangelhafte Zusammenwirken der politischen Schutzorgane zugibt und eine Reorganisation des ganzen Polizeiwesens im hamburgischen Landgebiet verspricht. Der Senat wird ferner sämtliche von irgendeiner Seite her geplanten

Demonstrationen für die nächste Zeit verboten und hat seinerseits eine amtliche Untersuchung der Vorgänge in die Wege geleitet, die neben dem inzwischen von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Strafverfahren erfolgt.

In der Besprechung der Senatantwort hob neben anderen Rednern der Führer der demokratischen Bürgerschaftsfraktion, Platen, mit grösster kritischer Schärfe

die ungläublichen Mängel in der polizeilichen Verwaltung des Hamburgischen Landgebietes hervor, durch die derartige Vorkommnisse ermöglicht worden seien und stellte fest, dass die Behörden leichtfertig mit der Gefahr gespielt haben.

Die Staatsautorität sei von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends am Sonntag in Geesthacht mit Flüssen getreten worden. Der demokratische Redner forderte eine energische Reform des gesamten Hamburger Polizeiwesens, wenn möglich die Beseitigung des Ressortpartikularismus, wie er sich in der selbständigen Verwaltung des Landgebietes jetzt so unheilvoll ausgewirkt habe.

Die von dem kommunistischen Abgeordneten Dettmann unter grossem Lärm gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erhobenen Vorwürfe, die bezeichnender Weise von der Rechten unterstützt wurden, wurden durch den Sprecher der sozialdemokratischen Partei Frank durch die einfache Feststellung des Sachverhalts zurückgewiesen.

Danach hat das Reichsbanner am Wahltage den Schutz der Bevölkerung einfach deswegen übernehmen müssen, da polizeiliche Garantien ja gar nicht bestanden

und kommunistischerseits kein Zweifel über die beabsichtigte Störung der Wahlhandlung zugelassen worden war. Objektive Klärung der Schuldfrage am Zusammenstoss selbst wird selbstverständlich erst durch die Gerichtsverhandlung erfolgen, während die Verantwortlichkeitsfrage durch die Antwort des Hamburger Senats zu Lasten der zuständigen Behörde ausgesprochen werden ist.

Verschärfung des Wertarbeiterstreiks

11 000 Streikende bei Blohm & Voss entlassen

HAMBURG, 3. Oktober.

Die streikenden Arbeiter der bekannten hamburgischen Grosswerft Blohm u. Voss sind entlassen worden. Von dieser Entlassung werden etwa 11 000 Mann betroffen. Auch die Verteilungen in anderen Städten dürften zu Massendemonstrationen der streikenden Arbeiter übergehen; in Kiel ist sie bereits erfolgt. Die ersten wirtschaftlichen Schädigungen der deutschen Wertindustrie durch den Streik sind erwartungsgemäss damit eingetreten, dass Reparaturen einlaufender Schiffe an ausländische Werften abgegeben werden sind.

Der Termin für die Kommunalwahlen

Bis spätestens Oktober 1929

Im Anschluss an die Plenarsitzung trat gestern abend noch der Gemeindeausschuss des preussischen Landtags zusammen, um den Termin für die Kommunalwahlen endgültig festzusetzen. Nach eingehender Aussprache sprach der Ausschuss sich dahin aus, dass die Provinziallandtagswahlen zusammen mit den Kreis- und Gemeindevahlen bis spätestens 1. Oktober 1929 stattfinden sollen. Der genaue Wahltermin wird vom preussischen Staatsministerium festgesetzt werden.

Bei der Abstimmung sprachen sich die Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten für die Beibehaltung des 2. Dezember als Termin für die Kommunalwahlen aus, während sämtliche übrigen Parteien sich für gemeinsame Wahlen spätestens am 1. Oktober aussprachen.

Mutter und Sohn durch Gas vergiftet. In der Sonnenburgerstrasse 12 fanden gestern Hausbewohner die 7 1/2 Jahre alte Witwe Berta Stürmer und ihren Sohn Arthur in der Küche ihrer Wohnung tot auf. Der Sohn, der an Verfolgungswahn litt, hatte den Gashahn aufgedreht und sich und die ebenfalls geisteschwache Mutter durch Gas vergiftet.

AM RUNDfunk

Das Mikrophon auf der Rennbahn — Das erste dreiteilige Abendprogramm — Internationaler und innerdeutscher Programmaustausch — „Der siebente Tag“

Sportliche Ereignisse gehören um diese Jahreszeit zu den Seltenheiten. Waren wir im Sommer damit etwas überfrachtet worden, so unterbrach jetzt am Sonntag nach längerer Pause, die spannende Schilderung des Internationalen Jagdrennens um den Grossen Preis von Karlsruhe durch Georg Ludecke als angenehme Abwechslung das Programm.

Der Verlauf spitzte sich mehr und mehr dramatisch zu, bis er, wie bekannt, als „loles Rennen“ endete. Steigerung und Rhythmus der in Worte umgesetzten Handlung hielten den Hörer in Atem.

Dieser Sonntagabend brachte dann ein dreiteiliges Abendprogramm. Damit trat der versprochene und an dieser Stelle schon gewürdigte Winterplan der Berliner Funkstunde in Kraft. Die Lösung des Programms aus jeglicher Starrheit bedeutet tatsächlich einen Gewinn. Was hier — zunächst aus rein theoretischen Erwägungen — zu den Plänen gesagt wurde, hat die kurze Praxis bereits deutlich erwiesen: das mehrfach aufgeteilte Programm befriedigt einen weit grösseren Hörerkreis, als das geschlossene.

Ein Stündchen flott gespielter Mandolinmusik, lustige Unterhaltung und kein allzu schweres ernstes Konzert als Abschluss bilden eine Zusammenstellung, die viele Hörer gern verfolgen, oder aus der sie sich Teile herausuchen werden. Wenn auch in diesem Kabarett Vereinzeltes deplaciert war und der Funchor immer noch ein heikles Kapitel bildet, so sagt das nicht gegen das Prinzipielle des Gedankens.

Der gleiche Gesichtspunkt war massgebend, als man dem Internationalen Austauschkonzert am Montag eine halbe Stunde — nebenbei: pausenlos gespielte — Unterhaltungsmusik voranschickte. So kam an diesem Abend auch der auf seine Rechnung, dem das Hauptprogramm zu schwer sein mochte.

Aber so anstrengend ist es schliesslich auch nicht, Händel, Bach, Mozart und Schubert mit anzuhören! Diese durchsichtigen Partituren klingen im Rundfunk bekanntermassen ausgezeichnet; man war diesmal sogar überrascht, wie voll und satt die Bläser zu hören waren. Und dem charakteristischen Schwirren des Cembalotones verlied unter Alices Ehlers Händen das Eigenartige des Klanges.

Bruno Seidler-Winkler erreichte in Händels Concerto grosso mit dem Orchester eine imponierende Wirkung. Den Schubert hätte man sich — das Mikrophon mag daran die Schuld tragen — leichter, lockerer denken können.

Wollen wir auch froh sein, dass wenigstens schon die Sender Berlin, Wien, Prag und Warschau sich zu einem Austauschkonzert zusammengeschlossen haben, der technisch gut funktioniert, so tragen wir doch immer noch den Wunsch in uns, dass sich dieser Kreis erweitern lässt.

England hat sich jetzt durch besondere Rundfunkleitungen mit dem Festlande in Verbindung gesetzt, es veranstaltet schon seit geraumer Zeit Programme, zu dem die verschiedenen Stationen ihren Anteil beitragen. (Wie ähnlich bei uns kürzlich zur Goethe-Feier des Deutschlandsenders mehrere deutsche Sender sich vereinigten). Aber mit den Übertragungen aus den Senderräumen anderer deutscher Stationen zögert man bei uns in Berlin noch. Dabei gibt das geteilte Abendprogramm leicht die Möglichkeit dazu. Und in Süddeutschland haben sich auch Frankfurt und Stuttgart mit den ihnen angeschlossenen Aufnahmestudios bereits zu einem solchen wechselseitigen Austausch vereinigt.

Wir wollen hoffen, dass auch an dieser Stelle eine Lockerung des Programms, die zugleich eine Bereicherung bedeuten würde, einsetzt.

Bei der Operübertragung aus Leipzigs Stadttheater versagte allerdings der technische Apparat. In dieser Beziehung müssen natürlich die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Sehr flott und lustig kam aus Berlins Senderaum das altbewährte Lustspiel „Der siebente Tag“. An einem siebenten und also letzten Wochentage gewiss keine unverdauliche, im Gegenteil eine sehr anregende Kost, bei der sich die Darstellung aus der Vorstellung eines Bühnenwerkes gelöst und in den Stil des Sendespiels hineingefunden hatte. Lothar Band.

Sondervorstellung

für unsere Leser

Sonnabend, den 6. Oktober, nachm. 3 1/2, Uhr

Theater im Admiralspalast

Die neue Haller-Revue

„Schön und schick“

Vollständige Original - Aufführung

zu außergewöhnlich niedrigen Preisen (80 Pf. bis 6.- RM.)

Kartenverkauf (bzw. Annahme von Bestellungen) im Rudolf-Mosse-Haus, Jerusalemstr. 46-49 (Erdgeschoss) und in allen Rudolf-Mosse-Filialen in Berlin und Vororten; außerdem an sämtlichen Theaterkassen A. Wertheim.

